

sequenz bestehe darin — unterstrich Genosse Ulbricht —, daß die besten Genossen aus den Betriebszeilen der Großbetriebe in die Parteileitungen gewählt und auf die Parteikonferenzen delegiert werden müssen. Nur wenn die innerparteiliche Demokratie so gehandhabt werde, daß eine innige Verbindung zwischen den beschließenden Leitungen und den ausführenden Parteiorganen in den Betrieben vorhanden ist, werde die volle Aktionsfähigkeit der Partei gewährleistet sein.

Im Spätherbst 1923 entstand noch einmal, als Folge der katastrophalen Auswirkungen der Ruhrkuppation auf die Lebensbedingungen der Massen, auf Grund der Desorganisation der Wirtschaft in ganz Deutschland, der Massen-erwerbslosigkeit und einer grenzenlosen Inflation, eine revolutionäre Situation. In Sachsen und Thüringen hatten Kommunisten und linke Sozialdemokraten eine Koalitionsregierung gebildet. Infolge des kapitulantenhaften Verhaltens der Brandler-Zentrale der KPD — die SPD-Führer hatten die Teilnahme am Generalstreik und bewaffneten Aufstand gegen die Reichsexekutive abgelehnt — wurde sie erneut verpaßt. In einer Analyse des Hamburger Aufstandes im Oktober 1923, der nach drei Tagen heroischen Kampfes aufgegeben werden mußte, hat Genosse Ernst Thälmann später in einem Gedenk-artikel unter anderem folgende Lehre gezogen: „Es zeigt sich die ganze Unbrauchbarkeit, die verhängnisvolle Rückständigkeit unserer alten sozialdemokratischen Wohnorganisation. Die Wahlmaschine taugt nicht für die Barrikaden! Die schwerste Lücke in der Hamburger Kampffront war das Fehlen kommunistischer Betriebszeilen. Eine Kämpferschar wie die Hamburger, die sich auf fest verwurzelte Zellen in allen Betrieben und auf die Vereinigung der breitesten Arbeitermassen stützt, wird künftig in einer ähnlichen Situation unbesiegbar sein.“

*

In der Zeit des sechs Monate lang währenden Verbots der KPD, das unmittelbar nach dem Einmarsch der Reichswehr in Sachsen und Thüringen

und der Errichtung der Militärdiktatur des Generals von Seeckt im ganzen Reich erfolgte, hatte die „Abteilung Zelle“ des ZK der KPD ihr illegales Quartier im Büro eines sympathisierenden Architekten in Berlin: dort fanden wir uns immer wieder zusammen: Walter Ulbricht, Wilhelm Florin und ich. Unter der Federführung des Genossen Ulbricht wurde die „Resolution zur Reorganisation der Partei“ für den noch während der Illegalität stattfindenden Parteitag der KPD in Frankfurt/Main (7. bis 10. April 1924) ausgearbeitet. Die wichtigsten Grundsätze — sie sind noch heute gültig — waren die folgenden: Das entscheidende Schwergewicht der gesamten Parteiarbeit ist nach und nach in die Betriebszeilen zu verlegen. Alle Betriebsfragen sind in Verbindung mit den allgemeinen politischen Ereignissen zu bringen, und umgekehrt, alle politischen Arbeiten in Anlehnung an Betriebsverhältnisse und Betriebserfahrungen durchzuführen. Mit der Umstellung der Parteiarbeit wird die Voraussetzung für die Durchführung eines wirklichen, demokratischen Zentralismus geschaffen, das heißt für die Mitwirkung der breitesten Mitgliedschaft an den Entscheidungen der Partei und an der Durchführung der Beschlüsse, und weiter für die Herausbildung arbeitsfähiger Leitungen und richtige Teilung der Arbeit.

Es hieß in der Resolution: „Je mehr die Masse der Mitglieder an den politischen Entscheidungen mitwirkt und alle Arbeiten im Betrieb voll mit durchführt (gemäß der planmäßigen Einteilung), um so mehr wird der Gegensatz zwischen Leitung und Massen, zwischen Funktionären und Mitgliedern ausgeglichen und aufgehoben, um so enger wird die Beziehung zwischen der Leitung der Partei und der Durchführung der Arbeit, um so besser wird eine Zusammenfassung, das heißt Zentralisation der Tätigkeit der Kommunisten und zugleich die Bildung einer starken, den täglichen Anforderungen gewachsenen Führung ermöglicht.“

Auf dem Frankfurter Parteitag wurde zwar die rechte Brandler'sche Führung abgesetzt, aber in der neuen Zentrale